

Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus von Berlin • Niederkirchnerstr. 5 • 10111 Berlin

Deutscher Olympischer Sportbund
Präsident, Herr Alfons Hörmann
Damen und Herren Präsidiumsmitglieder

Berlin, 11. September 2014

Offener Brief

An den DOSB: Für Berlin. Nicht für Olympia.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Präsidiumsmitglieder,

vor wenigen Tagen haben Sie die Antworten des Berliner Senats auf die von Ihnen gestellten Fragen für eine Interessenbekundung Berlins als Olympiastandort für Sommerspiele 2024 oder 2028 erhalten.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus wird mit dem Papier „Die ganze Welt in unserer Stadt“ ein oberflächliches und einseitiges Bild vermittelt. Der Senat hat viel von der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger in Berlin ausgeblendet. Die Gesamtsituation der Stadt, ihre sozialen Probleme und infrastrukturellen Defizite wurden ebenso ignoriert wie die enormen Herausforderungen, vor denen Berlin in den kommenden Jahren steht.

Als sportpolitische Sprecherin der Fraktion möchte ich Sie deshalb gern einladen, sich vor einer Entscheidung über eine mögliche deutsche Olympiabewerbung ein eigenes Bild zu machen und sich vor Ort mit den Argumenten der Berliner Kritikerinnen und Kritiker auseinanderzusetzen.

Die Linksfraktion hält eine Bewerbung Berlins zu Olympischen Spielen 2024 oder 2028 für falsch und hat dafür vielfältige Gründe. So wirbt der Senat zum Beispiel mit den in Berlin bereits vorhandenen Sportstätten. Er verschweigt, dass diese in jedem Falle erst olympiatauglich gemacht werden müssten. Das olympische bzw. paralympische Dorf sollen auf dem Flughafengelände Tegel errichtet werden. Unabhängig davon, dass niemand weiß, wann der Flughafen BER in Betrieb geht und Tegel geschlossen werden kann, gibt es bereits ganz andere Pläne für die Entwicklung des Standortes. Dann soll nach den Vorstellungen des Senats das Dressurreiten im Park von Sanssouci in Potsdam stattfinden. Das Problem ist, dass die Anlage nach Aussage der Verantwortlichen dafür eher ungeeignet und auch zu wenig Platz vorhanden ist. Die Liste der Beispiele für die mangelnde Solidität der Versprechungen des Berliner Senats ließe sich fortsetzen.

So gibt es einen riesigen Sanierungsstau bei Schulen, Bädern, Sportanlagen. Das im Berliner Koalitionsvertrag 2011 von SPD und CDU gegebene Versprechen für einen „Solidarpakt Sport“ wurde bisher nicht eingelöst. Der Zugang von Kindern und Jugendlichen zum organisierten Sport ist in hohem Maße von der sozialen Lage ihrer Familien abhängig usw.. Die Liste der zu lösenden Probleme ist lang. Um sie zu bewältigen, brauchen wir heute Ressourcen und intelligente, nachhaltige Konzepte, doch dafür hat der Senat angeblich kein Geld. Die Verschuldung der Stadt sei zu hoch, wird argumentiert. In der Olympiadebatte spielt der Schuldenstand Berlins keine Rolle. 50 Millionen Euro für die Bewerbung und 2,4 Milliarden Euro für die Olympischen Spiele selbst sind offenbar kein Problem.

Aus den Erfahrungen anderer Ausrichterstädte wissen wir, dass es bei dieser Summe nicht bleiben wird. Immer ist die Entscheidung für die Ausrichtung olympischer Spiele mit hohen, unkalkulierbaren Risiken verbunden. Nicht umsonst haben sich etliche Städte aus dem olympischen Bieterwettbewerb zurückgezogen, nicht zuletzt auf Druck der Bevölkerung. Der Senat von Berlin hat verkündet, dass er sich nur für Olympia bewerben wolle, wenn die Berliner Bevölkerung zustimmt. Doch er hat keinen Plan, wie er die Bürgerinnen und Bürger befragen will. Eine Änderung der Verfassung von Berlin hat er bis heute nicht initiiert. Die Bevölkerung direkt zu fragen, scheut sich der Senat offenbar. Und das aus gutem Grund: Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Fähigkeit der in Berlin politisch Regierenden, Großprojekte bewältigen zu können, ist erheblich gestört.

Der Mangel an Transparenz und demokratischen Entscheidungsprozessen ist für uns ein weiteres wesentliches Argument gegen eine Olympiabewerbung für 2024 oder 2028. Mit Interesse haben wir Vorschläge zur Kenntnis genommen, die der DOSB gemeinsam mit den NOK Österreichs, Schwedens und der Schweiz in die aktuelle Reformdebatte des IOC eingebracht hat. Leider haben wir bisher keinerlei Anzeichen dafür, dass sich wirklich etwas ändert. Die Praxis der Host-City-Contracts wurde bisher in keiner Weise infrage gestellt. Auf deren Basis werden jedoch den Ausrichterstädten die Bedingungen diktiert. Ihnen wird das alleinige Risiko zugewiesen, während es dem IOC selbst und seinen Partnern Milliardengeschäfte garantiert. Mit der Beibehaltung dieser Praxis sind mehr Bescheidenheit, Transparenz und Nachhaltigkeit nicht vereinbar.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Präsidiumsmitglieder, unser NEIN gegen Olympia 2024 oder 2028 richtet sich ausdrücklich nicht gegen den Sport. Doch Olympia hat eine andere Dimension und olympische Spiele 2024 oder 2028 werden unsere Stadtentwicklung nicht voranbringen.

Ich würde mich als sportpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE sehr freuen, wenn wir vor Ihrer Entscheidung darüber miteinander ins Gespräch kommen würden.

Dr. Gabriele Hiller